

## 5. SITZUNG DES GROSSEN GEMEINDERATES DONNERSTAG, 2. OKTOBER 2014

AMTSDAUER 2014-2018

AMTSJAHR 2014/2015

Der Grosse Gemeinderat entledigte sich anlässlich seiner 5. Sitzung der laufenden Amtsdauer einiger Pendenzen. Und zwar mit straffem Tempo. Nach 69 Minuten waren Rang und fünf Traktanden – nicht aber die 33 versammelten Ratsmitglieder – erledigt. 3 Mitglieder „kollidierten“ mit anderen Terminen, weshalb sie sich zur Teilnahme entschuldigen liessen. Nach einleitenden Worten der Präsidentin und einer Umstellung in der Abfolge der zu behandelnden Geschäfte ging's los.

Interpellant Andreas Hasler zeigte sich nach der mündlichen Beantwortung seines [Vorstosses](#) durch Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, Ressort Gesundheit, nur teilweise mit dessen Ausführungen zufrieden. Andreas Hasler machte zur Informationspolitik des Stadtrates in Sachen Bettenzahl ein gewisses Defizit aus. Die Zahlen, die dem Stimmvolk seinerzeit als Grundlage für den Urnenentscheid vorgelegt wurden, korrespondieren nicht mit den aktuell bewilligten Plätzen, stellte Hasler fest. Stadtrat Ottiger korrigierte und verdeutlichte, wonach es zwischen bewilligten Pflegeplätzen und „gewöhnlichen“ Altersheimplätzen zu unterscheiden gelte. „Die Buchhaltung stimmt, ich habe geschlossen“, erklärte Ottiger, nachdem er diverse Eckwerte und allerlei Zahlenmaterial darlegte. „Das ging mir jetzt alles etwas gar schnell“, konstatierte der Urheber des Vorstosses. „Ich habe da schon noch etwas mehr erwartet“, meinte Hasler. „Zum Beispiel, dass diese Häufung an Zahlen, die Stadtrat Ottiger zur Klärung vorgetragen hat, schriftlich vorliegen“. Der Stadtrat hat sich hier allerdings einer konformen Möglichkeit bedient, diese Art von parlamentarischem Vorstoss zu beantworten: Die mündliche Beantwortung von Interpellationen sieht die gemeinderätliche Geschäftsordnung explizit vor.

Kurzen Prozess machte Ratspräsidentin Brigitte Rösli mit dem verbliebenen und vertagten Teil der Fragestunde. Nachdem der Stadtrat anlässlich der letzten Plenardebatte vom September ausgedehnt und verhältnismässig lange über umfangreich eingereichte Fragen Auskunft zu erteilen hatte, belies es der Rat in der heutigen Fortsetzung bei einer einzigen „spontanen“ Frage. Nur einen? Nein, eigentlich wären es ja deren zwei gewesen – die Traktandenliste kommunizierte jedoch das Vorgehen klar und deutlich: Keine komplexen Sachverhalte, die vorgängig bereits Abklärungen erforderten. „Das haben wir letztes Mal abgehandelt – heute sind die Kurzfragen an der Reihe“, entgegnete Präsidentin Rösli ihrem etwas verduztten Fraktionskollegen Daniel Nufer, nachdem sich dieser nach dem Verbleib seiner direkt beim Stadtrat eingereichten Frage erkundigte. Während in den Reihen des Stadtrates schon in den Papieren gekramt und halbwegs zur Beantwortung geschritten wurde, setzte Rösli dem Treiben ein Ende. „Ich lasse diese Frage und auch deren Beantwortung nicht zu“. Nufer verzichtete sodann auch darauf, sein Anliegen dann doch noch am Rednerpult vorzutragen. Die Frage blieb dem Rat somit verborgen. „Also, dann hätten wir diese Fragestunde bereits erledigt. Nächstes Traktandum“, schritt die Vorsitzende fort.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, begründete vor dem Plenum seine eingereichte [Interpellation](#) mit finanztechnischem Inhalt. Die Stadt sieht sich aktuell mit einer angespannten Finanzlage konfrontiert, was den Stadtrat dazu veranlasst hat, zwei finanzpolitische Zielsetzungen zu beschliessen: Die Laufende Rechnung sollte mittelfristig (im Durchschnitt 10 Jahre) ausgeglichen sein, wobei die langfristigen Schulden nicht mehr als das Doppelte des Steueraufkommens betragen sollen. So weit, so gut. „Pragmatisch und leicht verständlich“, meinte Gemeinderat Käppeli, der diese Massnahme durchaus zu anerkennen und zu würdigen weiss.

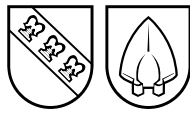
### Kontaktperson

Marco Steiner  
Direkt 052 354 24 16  
marco.steiner@ilef.ch

### Stadthaus

Märtplatz 29  
Postfach  
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16  
Fax 052 354 23 23  
gemeinderat@ilef.ch  
www.ilef.ch



Allerdings erschliesse es sich derweil dem Auge des Betrachters nicht, weshalb der Stadtrat nicht noch einen Schritt weiter gehe und zögere, diese Ziele in der Gemeindeordnung zu verankern. Stadtrat und Parlament könnten so die gemeinsame Verantwortung einer gesunden Finanz- und Investitionspolitik untermauern. Wer „A“ sagt, der solle auch „B“ sagen. Die Gründe, weshalb der Stadtrat offenbar mit dem „B“ zögert, wird er zu einem späteren Zeitpunkt schriftlich darlegen. Finanzvorstand Philipp Wespi, JLIE, war ohnehin nicht zugegen.

Eine kleinere Diskussion flammte dann um den gemeinsamen **Vorstoss** von Fabian Molina und Silvana Peier, beide SP/JUSO, auf. Um Jugendliche für die politische Mitarbeit zu motivieren, forderten Sie vom Stadtrat, dass er die rechtlichen Grundlagen zur Einführung einer „Jugendmotion“ aufzeigt. „Nein, der Stadtrat ist dazu nicht bereit“, meinte Stadtpräsident Ueli Müller, SP. Jedenfalls nicht in der stärksten aller Formen, die den Ratsmitgliedern aus dem Palmarès an parlamentarischen Vorstössen zur Verfügung steht. „Nicht mit einer Motion, aber in der Form eines Postulates“, ergänzte Stadtpräsident Müller. „Im Rahmen eines Postulates würde der Stadtrat diese Grundlagen aufzeigen“. Co-Motionär Fabian Molina nahm diesen Steilpass entgegen und wandelte in der Diskussion den Vorstoss in die nächststärkere Form um.

Die Vertreter von Pro und Kontra gaben sich am Rednerpult die Klinke bzw. das Mikrofon in die Hand. Gemeinderätin Michèle Vögeli, selbst Vertreterin einer Jungpartei, der Jungliberalen Illnau-Effretikon, kurz JLIE, votierte gegen die Überweisung. „Die bestehenden Mittel genügen – wer politisches Interesse bekundet und am System teilhaben will, dem steht es bereits jetzt frei, Petitionen einzureichen oder den Kontakt zu Jungparteien zu suchen; unsere Türen stehen offen!“ Mit solchen Vorstössen, wie sie die Urheber nun fordern, würde der Verwaltungsapparat unnötig bemüht – und ob das Mittel dann wirklich so rege wie erhofft genutzt wird, sei fraglich. Die Begeisterung oder der Hype, der um die Einführung von Jugendparlamenten, Schülerversammlungen und anderen vergleichbaren Mitsprachegefässen entsteht, würde derweil bereits kurz nach deren Einführung wieder abflachen.

„Schade“, brachte Gemeinderat Daniel Hari, EVP, die Haltung seiner Vorrednerin zum Ausdruck. „Seht doch das Ganze nicht als Last, sondern als Chance.“ Eine Chance, die auch Gemeinderat Daniel Nufer, SP, ehemaliger Sekundarlehrer, als Instrument für seine Berufskolleginnen und Kollegen wertet: „Im Klassenverband könnten solche Vorstösse formuliert und Politik an solchen Beispielen erlebbar gemacht werden“. Die Gemeinderäte Roger Miauton, SVP, und Peter Stiefel, FDP, liessen sich trotzdem nicht für das Vorhaben erwärmen: „Das bringt nicht den gewünschten Effekt“, waren sie sich einig.

Gemeinderat Hasler, GLP, zitierte aus der Kantonsverfassung, welche in einer Bestimmung den Kanton und die Gemeinden verpflichtet, die Jugendlichen in unser demokratisches Staatssystem einzubinden und sie darauf vorzubereiten: „In Uster, wo ein ähnliches Ansinnen eine deutliche Mehrheit erlangte, stimmten alle Bündnisse, die bei uns ihre Hand wohl eher für ein „Nein“ aufhalten werden, „Ja“. Denkt nachher bei der Abstimmung dran! Uster ist nicht weit entfernt...“, so Hasler.

... und doch schien der Graben zuweilen hüben wie drüben recht gross. Da half auch die abklassierte Form des Postulates nichts.

Mit 21:12 Stimmen schmetterte das Parlament den Vorstoss ab. Der Stadtrat muss sich also weder mit Motion noch mit Postulat auseinandersetzen.

„Ich erkläre die Sitzung für geschlossen“, entfuhr es Brigitte Rösli in der 69. Minute. Ein Schlag auf die Ratsglocke manifestiert den Sitzungsschluss.

Das Parlament tagt das nächste Mal voraussichtlich am 6. November 2014.